

## Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

18. November 2013

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 14.11.13 wurden in Lashkargah, der Hauptstadt der südafghanischen Provinz Helmand, vier Zivilisten bei einer Bombenexplosion verletzt.

Am 16.11.13 steuerte ein vor Sicherheitskräften flüchtender Selbstmordattentäter in Kabul sein mit Sprengstoff beladenes Fahrzeug in ein Militärfahrzeug und tötete vier Zivilisten, einen Polizisten und einen Soldaten. 22 Personen wurden verletzt. Der Anschlag ereignete sich nahe des Zertes der am 21.11.13 beginnenden Großen Stammesversammlung (Loya Jirga).

Am 17.11.13 wurde bei einem Selbstmordanschlag auf den Vize-Gouverneur der nordafghanischen Provinz Balkh ein Zivilist getötet. Zwei weitere Zivilisten und zwei Leibwächter wurden verletzt.

#### Mohnanbau auf Rekordhoch

Nach Angaben des UNODC (United Nations Office on Drugs and Crimes) stieg die Schlafmohn-Anbaufläche 2013 im Vergleich zum Vorjahr um gut ein Drittel und erreichte damit einen neuen Höchststand. Von den 34 Provinzen Afghanistans sind nur noch 15 frei von Schlafmohnanbau, zwei weniger als im Vorjahr. Die größten Anbauflächen liegen im Süden, insbesondere in der Provinz Helmand, die zu den unruhigsten des Landes zählt. Es ist davon auszugehen, dass sich die Opiumproduktion in diesem Jahr verdoppelt. Der Anteil der Opiumproduktion an der afghanischen Wirtschaftsleistung wird auf rund vier Prozent geschätzt. Etwa 80 bis 90 Prozent des weltweit gehandelten Opiums stammen aus Afghanistan.

#### Loya Jirga berät über Truppenstatut

Ab dem 21.11.13 tritt in Kabul die Große Stammesversammlung (Loya Jirga) zusammen, um über ein Truppenstatut für die im Land verbleibenden US-Soldaten zu beraten. Die Taliban haben die Delegierten davor gewarnt, ein Abkommen über ein Truppenstatut für die US-Soldaten zu billigen. Wer zustimme, werde als „Verräter“ bestraft. Verhandlungen über den Status der US-Truppen laufen bereits seit Monaten. Wesentlicher Streitpunkt ist das Verlangen der USA, dass ihre Soldaten während des Einsatzes in Afghanistan nicht der afghanischen Justiz unterliegen.

### Pakistan

#### Ausschreitungen zwischen Schiiten und Sunniten

Am 15.11.13 kam es in den Städten Rawalpindi, Multan und Chishtian zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten, bei denen mindestens neun Menschen starben und 90 verletzt wurden. Die Schiiten begingen am 15.11.13 das Ashura-Fest (Todestag Husseins, des Enkels des Propheten). Bei Prozessionen der Schiiten in Rawalpindi kam es zu Angriffen von Sunniten. Die pakistanische Regierung entsandte Militär, verhängte über das Wochenende ein Ausgehverbot und unterbrach Mobilfunkverbindungen. Bei Protesten gegen die Ereignisse in Rawalpindi kam es zu weiteren gewaltsamen Auseinandersetzungen in Multan und Chishtian.

## **Irak**

### **Sicherheitslage**

Weiterhin kommt es in Irak täglich zu Anschlägen.

Am 11.11.13 gab es infolge von Anschlägen mindestens 11 Todesopfer, u.a. in Mosul und Bagdad.

Am 12.11.13 starben bei Anschlägen ebenfalls u.a. in Bagdad und Mosul mindestens zwölf Menschen.

Am 13.11.13 kamen bei Anschlägen auf schiitische Pilger und Sicherheitskräfte unterschiedlichen Meldungen zufolge zwischen 19 und 50 Menschen ums Leben, 131 wurden verletzt. Der schwerste Angriff mit mindestens zehn Todesopfern hat sich nahe Tikrit ereignet. Weitere Explosionen soll es in der Nähe von Baquba gegeben haben.

Am 14.11.13 sind bei koordinierten Anschlägen auf schiitische Pilger bis zu 60 Menschen getötet worden.

Am 15.11.13 starben bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Mosul, Baquba und Kirkuk mindestens neun Menschen, 20 wurden verletzt.

Am 16.11.13 kamen mindestens sieben Menschen u.a. in Bagdad, Mosul und Saidiya ums Leben, 15 wurden verletzt.

Am 17.11.13 starben bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Tuz Khurmato, Mosul und Baquba mindestens 48 Menschen, 116 wurden verletzt. Die meisten Opfer habe es in Bagdad und Tuz Khurmato gegeben.

### **Irakische Bischöfe kritisieren Vergabe von Ausreise-Visa**

Laut einer Pressemeldung werfen die Bischöfe in Irak anderen Staaten vor, die Abwanderung von Christen aus der Region zu fördern. Die Bischöfe hätten eine Begünstigung von Christen bei der Vergabe von Ausreise-Visa durch ausländische Botschaften und Konsulate kritisiert. Die Kirchen in Irak würden die Menschen ermutigen, zu bleiben. Es würde alles getan, um bei Arbeit und Unterkunft zu helfen.

## **Syrien**

### **Anschlag im Zentrum von Damaskus und auf Militärstützpunkt**

Bei einem Anschlag im Zentrum von Damaskus am 14.11.13 wurden mindestens drei Menschen getötet und 22 verletzt, als nahe der Omayyaden Moschee zwei Sprengsätze explodierten und Mörsergranaten einschlugen. Bei einem Anschlag auf einen Militärstützpunkt in der Nähe von Damaskus kamen am 17.11.13 nach Angaben syrischer Aktivisten mindestens 31 Menschen, darunter mehrere Generäle, ums Leben.

### **Armee drängt Rebellen zurück**

Regierungstruppen setzten in der vergangenen Woche ihren Vormarsch in den Rebellengebieten im Norden und im Süden des Landes fort. Nach dreitägigen Kämpfen soll die Armee die Stadt Hujeira südlich von Damaskus unter Kontrolle gebracht haben und sich damit den südlichen Vororten der Hauptstadt nähern. Nahe Aleppo kam es in dem Dorf Tel Hasel zu Kämpfen mit Aufständischen. Mit Unterstützung von Hisbollah-Kämpfern aus dem Libanon rückten Regierungstruppen auch im Gebiet von Al-Kalamun vor. Dieser Vormarsch löste einen neuen Flüchtlingsstrom in den Libanon aus. Forderungen nach einem Rückzug seiner Kämpfer aus Syrien wies Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah zurück.

### **Exil-Opposition benennt Kabinettsmitglieder**

Nach Mitteilung der Syrischen Nationalen Koalition vom 12.11.13 ist nach dreitägigen Verhandlungen in Istanbul eine Regierung für die von Aufständischen kontrollierten Gebiete ernannt worden. Ein neunköpfiges Kabinett soll vorerst im türkischen Gaziantep tätig werden. Ejad al-Kudsi wurde zum Vertreter des bereits im September gewählten Übergangs-Regierungschefs Achmed Tumeh gewählt (vgl. BN v. 16.09.13). Einige Ressorts blieben noch unbesetzt. Der Einfluss der Nationalen Koalition auf die zerstrittenen Aufständischen in Syrien gilt nach wie vor als begrenzt.

### **Friedenskonferenz im Dezember 2013 geplant**

Eine zweite Friedenskonferenz soll am 12.12.13 in Genf stattfinden. Das Oppositionsbündnis Syrische Nationale Koalition befürwortete am 11.11.13 eine Teilnahme an der Konferenz, sofern Assad die Macht aufgebe und von einer Beteiligung an einer Übergangsregierung ausgeschlossen werde. Die Bedingungen der Opposition wurden letzte Woche von der syrischen Regierung unter Bezugnahme auf die Schlusserklärung der ersten Genfer Konferenz vom Juni 2012 zurückgewiesen (vgl. BN v. 02.07.12).

## **Türkei**

### **EGMR-Urteil**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilte am 12.11.13 die Türkei zur Zahlung von insgesamt 2,3 Millionen Euro Schmerzensgeld wegen der Bombardierung zweier kurdischer Dörfer mit 33 Todesopfern im März 1994. Die Richter entsprachen damit den Anträgen der 41 Kläger – Angehörigen der Todesopfer – und widersprachen der Darstellung der Türkei, wonach die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK für die Anschläge verantwortlich gewesen sei. Die Beteiligten haben die Möglichkeit das Urteil anzufechten.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Siedlungsbauvorhaben vorerst gestoppt**

Nach scharfen internationalen Protesten gegen Pläne für den Bau von 20.000 neuen Siedlerwohnungen im Westjordanland hat Israel das Vorhaben vorerst gestoppt. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu kündigte am 12.11.13 eine Überprüfung der Pläne an. In einer Mitteilung von Netanyahus Büro hieß es, die Pläne seien vom Bauministerium ohne sein Wissen veröffentlicht worden. Die palästinensische Führung hatte zuvor mit einem Abbruch der Nahost-Friedensverhandlungen gedroht. US-Außenminister John Kerry hatte in der vergangenen Woche während einer dreitägigen Vermittlungsmission in Nahost den israelischen Siedlungsausbau ungewöhnlich scharf kritisiert.

## **Ägypten**

### **Gericht hebt Ausnahmezustand auf**

Das Oberste Verwaltungsgericht in Kairo hat am 12.11.13 angeordnet, den seit fast drei Monaten geltenden Ausnahmezustand vorzeitig zu beenden. Er wäre sonst am 14.11.13 abgelaufen. Der Ausnahmezustand ermöglichte den Behörden Festnahmen ohne Haftbefehl und Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anordnung. Darüber hinaus galt eine Ausgangssperre zwischen 1.00 und 5.00 Uhr, an Freitagen von 19.00 bis 5.00 Uhr. Der ägyptische Übergangspräsident Adli Mansur, der den Ausnahmezustand verhängte, plant ein überarbeitetes Gesetz zum Umgang mit Protestbewegungen.

## **Algerien**

### **Bouteflika erneut Präsidentschaftskandidat**

Der seit 14 Jahren amtierende Präsident Bouteflika ist von seiner Partei erneut als Kandidat für die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr aufgestellt worden. Das Zentralkomitee der Nationalen Befreiungsfront (FNL) habe Bouteflika nominiert, erklärte die Regierungspartei am 16.11.13 in Algier.

## **Tunesien**

### **Polizeiaktion gegen Islamisten und Selbstverbrennung**

Am 12.11.13 gingen Spezialkräfte der tunesischen Polizei an der Grenze zu Libyen gegen Islamisten vor, die dort nach Behördenangaben ausgebildet und bewaffnet werden. Dabei wurde ein Mitglied der islamistischen Gruppe getötet und acht Verdächtige kamen in Haft. Seit sich am 30.10.13 erstmals seit Jahren wieder ein Selbstmordattentäter in dem Touristenort Sousse in die Luft gesprengt hat, geht die tunesische Regierung verstärkt gegen Extremisten vor. Am 11.11.13 versuchte sich in Tunis zudem ein Mann aus Protest vor einem Regierungsgebäude zu verbrennen. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

## **Libyen**

### **Generalstreik nach Kämpfen**

Nach den blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Milizen in Tripolis am 15.11.13 rief der Stadtrat am 17.11.13 zu einem dreitägigen Generalstreik für alle öffentlichen und privaten Bereiche auf. Bei einer Demonstration von Bürgern gegen die Milizen am 15.11.13 hatten Milizionäre das Feuer eröffnet. Die Bevölkerung griff daraufhin ebenfalls zu Waffen und leistete sich stundenlange Gefechte mit den Milizen bis das Militär eingriff. Es gab mindestens 43 Tote und über 400 Verletzte. Am nächsten Tag kam es zu weiteren Kämpfen zwischen rivalisierenden Milizen in einem Vorort der Hauptstadt mit mehreren Toten und zahlreichen Verletzten.

## **Uganda**

### **Aktivist angeklagt**

Der Aktivist Sam Ganafa, der sich u.a. für die Rechte Homosexueller einsetzt, und weitere vier Personen wurden am 12.11.13 festgenommen. Am 15.11.13 wurde Ganafa angeklagt. Ein Ugander hatte ihn beschuldigt, ihn mit HIV infiziert zu haben.

## **Kamerun**

### **Priester entführt**

In der Nacht vom 13. auf den 14.11.13 wurde in dem Ort Nguetchewe (im Norden, nahe der Grenze zu Nigeria) ein französischer Geistlicher entführt. Wie französische Medien am 16.11.13 unter Berufung auf nigerianische Quellen berichteten, soll sich die nigerianische Boko Haram zu der Entführung bekannt haben.

## **Somalia**

### **Schwere Schäden in Puntland durch Tropensturm**

Am 10.11.13 verwüstete ein schwerer Tropensturm Gebiete im Nordosten Somalias. Bis zum 13.11.13 wird von bislang 143 Toten und mehr als 150 Vermissten berichtet. Viele Häuser sind zerstört. Auch ging viel Vieh verloren, das eine wesentliche Lebensgrundlage bildet. Der Präsident der Region hat den Notstand ausgerufen. Es fehle an Trinkwasser, Lebens- und Arzneimitteln sowie Decken und Material für Notunterkünfte.

## **DR Kongo**

### **Friedensvertrag mit M23 vorerst gescheitert**

Am Abend des 11.11.13 sagte die kongolesische Delegation die in Entebbe/Uganda geplante Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen Kongo und der M23-Rebellenorganisation kurzfristig ab. Der Vertrag war unter Vermittlung Ugandas monatelang ausgehandelt worden. Nach offizieller Version nahm Kongos Regierung Anstoß an dem Titel „Friedensvereinbarung“ anstelle einer von ihr geforderten „Friedenserklärung“. Da die M23 besiegt sei und selbst das Ende des bewaffneten Kampfes erklärt habe, könne mit einer nicht mehr existierenden Gruppe kein Vertrag geschlossen werden. Am 13.11.13 erklärte sich Kongo nur zur Unterzeichnung einer „Erklärung“ der M23-Rebellen bereit, die deren Niederlage beinhaltet.

Der vorgesehene Friedensvertrag beinhaltete ein Angebot für die Wiedereingliederung der einfachen M23-Kämpfer in die Regierungsarmee sowie Bestimmungen für das weitere Schicksal der rund 100 M23-Kommandeure, von denen einigen schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

## **Nigeria**

### **Boko Haram und ANSARU auf US-Terrorliste gesetzt**

Am 13.11.13 stufte die US-Regierung die in Nord- und Zentralnigeria aktiven militanten islamistischen Organisationen Boko Haram und deren Abspaltung ANSARU offiziell als ausländische terroristische Organisationen ein. Damit ist die materielle Unterstützung der beiden Gruppen ein Verbrechen in den USA. Ferner werden Ermittlungen und Anklagen der USA gegen die Organisationen erleichtert. Die US-Behörden wurden angewiesen, Geschäfte und finanzielle Transaktionen mit den Gruppen zu blockieren und deren Bankvermögen und sonstiges Eigentum einzufrieren.

## **Kosovo**

### **Wahlwiederholung in Mitrovica ohne Zwischenfälle**

Strenge Sicherheitsvorkehrungen haben neue Übergriffe bei der Nachwahl verhindert. Nach der Stürmung von Wahllokalen vor zwei Wochen wurden diesmal die serbischen Wähler von zahlreichen Sicherheitskräften geschützt. Die Wahlbeteiligung war mit 22 % zwar niedrig, aber so hoch, dass von einem wirksamen Wahlboykott nicht die Rede sein kann. Die erfolgreiche Durchführung der Kommunalwahlen gilt als Beweis, dass die „Normalisierung“ zwischen Serbien und Kosovo, wie im Brüsseler Abkommen im April dieses Jahres gefordert wurde, vorankommt.

### **Islamistische Extremisten verhaftet**

Die kosovarische Polizei hat sechs Kosovo-Albaner festgenommen, die unter Terrorverdacht stehen und vermutlich zur syrischen al-Nusra (Abteilung von al-Qaida) Verbindungen haben. Während eines Polizeieinsatzes wurden viele Waffen und gebrauchsfertiger Sprengstoff entdeckt. Die Gruppierung, die sich „Jihad in Kosovo“ nennt, stieß Drohungen aus, sollten die Männer nicht freigelassen werden. Einer der Festgenommenen soll in Syrien gekämpft haben (von knapp 1.000 freiwilligen Kämpfern aus Europa, sollen etwa 150 Kosovaren sein).

Kosovo erlebt, begünstigt durch Armut und Arbeitslosigkeit, ein Erstarken des radikalen Islam. Die Sicherheitsexperten sprechen von rund 50.000 Anhängern. Die meisten Kosovaren (1,8 Millionen) sind Anhänger des sunnitisch-hanafitischen Islams, der eine der toleranteren Formen des Islams ist.

## **Westbalkan**

### **Serbien, Mazedonien und Bosnien „sichere Herkunftsländer“**

Die Verhandlungspartner zur großen Koalition wollen die westlichen Balkanstaaten Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsländer einstufen. Darauf hat sich die Unterarbeitsgruppe Integration und Migration von CDU, CSU und SPD geeinigt.

Seit Jahresbeginn haben ca. 30.500 Personen vom Westbalkan Asylanträge gestellt.

## **Russische Föderation**

### **Gefechte in Dagestan**

Bei einem Einsatz am 16.11.13 von Sicherheitskräften sind in Dagestan fünf Menschen getötet worden. Bei einem stundenlangen Gefecht soll der Ehemann einer Selbstmordattentäterin (vgl. BN v. 28.10.13) zusammen mit vier anderen mutmaßlichen Extremisten nahe der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala ums Leben gekommen sein. Der Ehemann hatte nach Angaben der Behörden während des Kampfeinsatzes gesagt, er habe den Sprengsatz seiner Ehefrau gebaut.

## **Kambodscha/Thailand**

## **IGH entschied im Grenzkonflikt zwischen Thailand und Kambodscha**

Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag hat am 11.11.13 das umstrittene Grenzgebiet um den Tempelbezirk Preah Vihear Kambodscha zugesprochen. Der IGH verpflichtete zudem Thailand, seine Truppen aus dem Gebiet abzuziehen. Das Gericht hatte den Hindu-Tempel, der zum UNESCO-Welterbe zählt, bereits 1962 Kambodscha zugesprochen. Unklar blieb aber die Hoheit über 4,6 Quadratkilometer in unmittelbarer Nähe des Tempels. In der Vergangenheit kam es zwischen den Armeen beider Länder wegen des umstrittenen Gebiets häufig zu Auseinandersetzungen.



## **China**

### **Drittes Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei beschließt Reformen**

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas beschloss anlässlich einer Tagung vom 09. bis 12.11.13 in Peking diverse wirtschaftliche Reformen. Wie aus dem am 15.11.13 veröffentlichten Abschlussdokument des Plenums weiter hervorgeht, soll zudem die Familienplanungspolitik gelockert werden. Ehepaare sollen demnach zwei Kinder haben dürfen, wenn einer der Ehepartner ein Einzelkind ist. Bisher ist Paaren u.a. dann ein zweites Kind erlaubt, wenn beide Ehepartner Einzelkinder sind. Die Umerziehungslager sollen abgeschafft werden. Bislang kann die Polizei ohne Gerichtsurteil Administrativhaft in Arbeitslagern von bis zu insgesamt vier Jahren verfügen („Umerziehung durch Arbeit“, chin.: laojiao). Auch soll nach und nach die Zahl der Delikte, die mit dem Tode bestraft werden, verringert werden. Daneben wurde beschlossen, eine nationale Sicherheitskommission einzurichten. Sie wird für innere und äußere Sicherheit zuständig sein und sich mit der Thematik des Militärs, der öffentlichen Sicherheit, der Außenpolitik und der Geheimdienste sowie der Internetsicherheit befassen.

### **Zwangsbehandlung in psychiatrischen Einrichtungen**

Wie die Menschenrechtsorganisation Chinese Human Rights Defenders am 14.11.13 berichtete, werden weiterhin Aktivisten und Bittsteller in psychiatrische Einrichtungen eingewiesen, wo sie Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden. Ein am 01.05.13 in Kraft getretenes Gesetz (Mental Health Law), das unter anderem die Rechte von Patienten schützen solle, werde immer wieder ignoriert.

### **Gewalt in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang**

Am 16.11.13 griffen neun Uiguren mit Hieb- und Stichwaffen eine Polizeistation in Selibuya in der Präfektur Kashgar an. Dabei töteten sie zwei Hilfspolizisten, bevor sie von Sicherheitskräften erschossen wurden.

## **Myanmar**

### **Politische Gefangene amnestiert**

Am 15.11.13 amnestierte Präsident Thein Sein 69 politische Gefangene. Ein Regierungskomitee, das alle aus politischen Gründen inhaftierten Personen identifizieren soll (Political Prisoners Assessment Committee), hatte die Personen bestimmt. Unter den Freigelassenen befinden sich etwa zwei Dutzend, die in letzter Zeit wegen der Organisation nicht genehmigter Demonstrationen verurteilt worden waren. Nach dem im November 2011 verabschiedeten Peaceful Assembly Act müssen Demonstrationen vorher genehmigt werden. Aus dem Büro des Präsidenten verlautete, das Komitee arbeite daran, bis Ende Dezember die Voraussetzungen für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu schaffen.